

E 146 - NR/XVII.GP.**E n t s c h l i e ß u n g**

des Nationalrates vom 15. März 1990

anlässlich der Debatte über die Erklärung des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten zum Thema "Der Wandel in Europa als Herausforderung für Österreich"

Die Bundesregierung wird ersucht, den bisher kommunistisch regierten Staaten im Rahmen bilateraler Kontakte wie auch in multilateralen Organisationen, insbesondere im Europarat und in den Vereinten Nationen, jede Unterstützung zur Reform ihrer Rechtsordnung zu gewähren, um zu erreichen, daß der Prozeß der Demokratisierung und der Sicherung der Menschenrechte fortgesetzt wird und es dadurch in den Ländern, in deren Rechtsordnungen die Todesstrafe noch angedroht ist, zu einer Abschaffung dieser Strafe kommt.